



Timothy Moss

Wasser und die Bildung Groß-Berlins 1920

Lehren zum Verhältnis von Wasserinfrastruktur und Stadtentwicklung

Das Gebiet des heutigen Berlins ist eine Schöpfung der frühen Weimarer Demokratie. Vor 1920 war die Gemeinde Berlin mit einer Fläche von gerade einmal 70 Quadratkilometern sehr klein. Viele der heutigen Innenstadtbezirke, wie Charlottenburg, Schöneberg, Neukölln und Lichtenberg, waren bis dahin eigenständige, preußische Städte. Die Grenzen zwischen Berlin und den umliegenden Gemeinden waren im Zuge der rasanten Urbanisierung längst unsichtbar geworden, wurden jedoch von konservativen Kräften, die Angst vor der Unterordnung unter den Stadtkern hatten, vehement verteidigt. Ihr Widerstand gegen jegliche Pläne der Eingemeindung war vor dem Ersten Weltkrieg unter kaiserlicher Herrschaft stets wirksam. Das Drei-Klassen-Wahlrecht für den preußischen Landtag gewährleistete den Schutz konservativer Interessen gegenüber Forderungen nach einer umfassenden Gebietsreform (Engeli 1986, S. 36 ff.). Erst nach der Novemberrevolution 1918 und der Wahl eines demokratisch verfassten preußischen Landtags im Jahr 1919 konnten die Reformer ihren Anspruch verwirklichen. Am 25. April 1920 stimmte eine knappe Mehrheit von Sozialdemokraten, Unabhängigen Sozialdemokraten und Demokraten für die Verabschiedung des Gesetzes zur Schaffung von Groß-Berlin, das am 1. Oktober 1920 in Kraft trat (Bodenschatz et al. 2019; Bodenschatz/Kegler 2020).

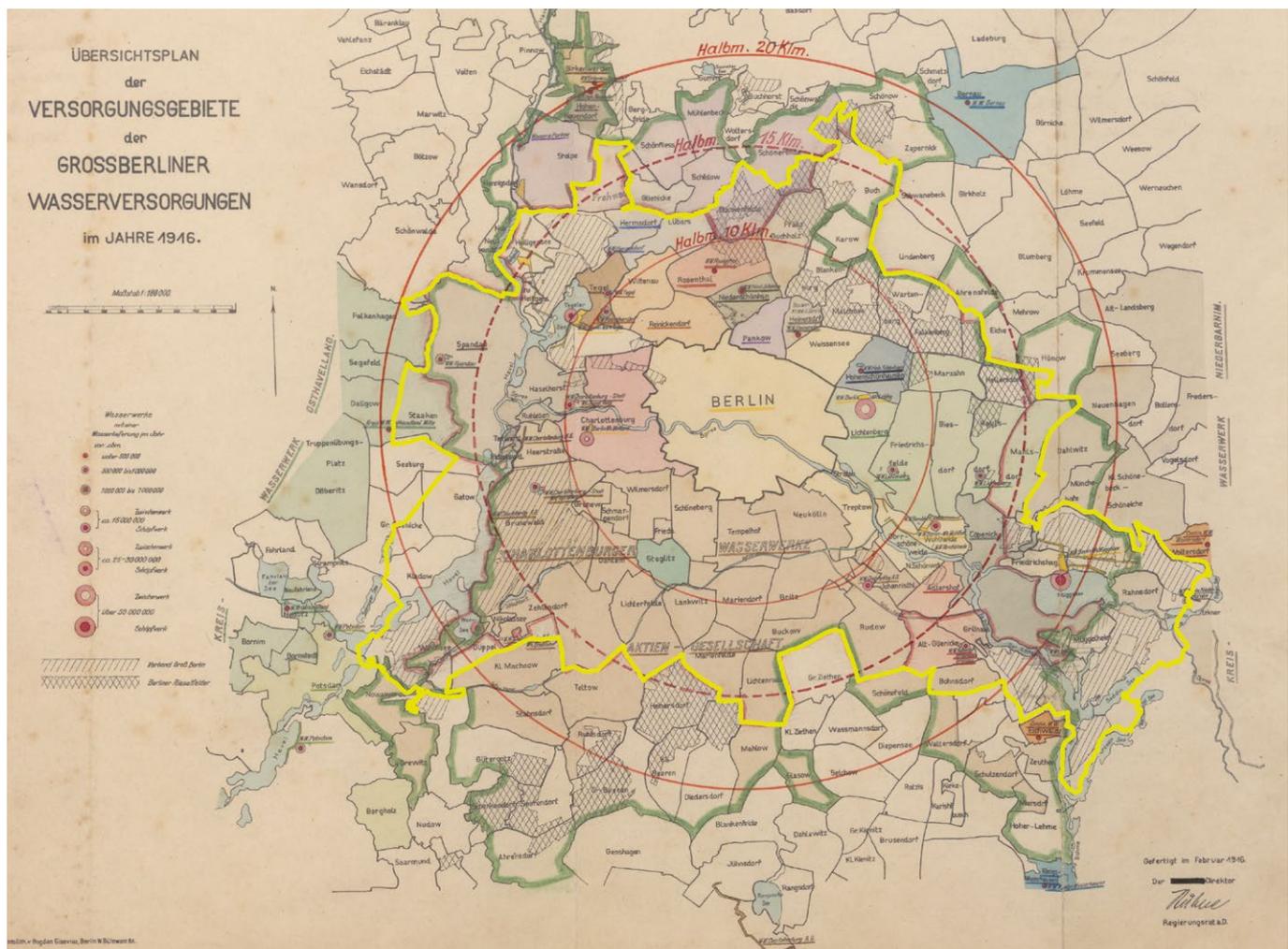


Abb. 1: Carl Kühnes Vision eines Groß-Berlins, 28. März 1919 (grüne Umrandung) und die heutige Stadtgrenze (gelbe Umrandung) (Quelle: Landesarchiv Berlin – LAB, A Rep. 255, Nr. 93, erweitert durch Fabian Hecht)



Ein Wasserdirektor mischt sich konsequent ein

Die endgültige Entscheidung lag zwar beim Preußischen Landtag, doch die Frage, wie groß das neue Berlin sein sollte, wurde in der Region selbst kontrovers diskutiert. Im März 1919 stellte der Oberbürgermeister von (Alt-)Berlin, Adolph Wermuth, genau diese Frage in einem Rundschreiben an seine leitenden Beamten. In einem erfrischenden Ausdruck nachrevolutionärer Offenheit bat er sein Leitungspersonal um Vorschläge für die territoriale Ausdehnung der neuen Stadt. Eines dieser Rundschreiben landete auf dem Schreibtisch von Carl Kühne, dem Direktor der Berliner Städtischen Wasserwerke. Kühne hatte genaue Vorstellungen über die erforderliche Größe von Groß-Berlin (zum Folgenden: Moss 2020, S. 36). Mit seinen ambitionierten Gebietsansprüchen wollte er den langjährigen Widerstand der umliegenden Gemeinden gegen seine Pläne zur dauerhaften Sicherung der Wasserversorgung Berlins ein für alle Mal überwinden. Er meldete sich umgehend beim Oberbürgermeister zurück, mit der Forderung eines Territoriums entlang von vier Kriterien:¹

- alle Grundwassereinzugsgebiete, die für die aktuelle und zukünftige Wasserversorgung der Stadt erforderlich waren
- alle Gebiete, durch die Hauptwasserleitungen seines Unternehmens liefen
- alle Versorgungsgebiete der Berliner Städtischen Wasserwerke und der privaten Charlottenburger Wasser- und Industriewerke AG sowie
- alle Rieselfelder, die zur Aufbereitung des Abwassers der Stadt Berlin dienten.

¹ Schreiben der städtischen Wasserwerke (gez. Kühne) an den Oberbürgermeister von Berlin vom 28. März 1919, Landesarchiv Berlin (LAB), A Rep. 255, Nr. 93.

Zur Veranschaulichung fügte Kühne eine Karte bei, auf der er mit seinem charakteristischen grünen Wachsstift den Umfang dieser Vision für Berlin einzeichnete (s. Abb. 1). Das Ergebnis war eine riesige Stadt mit einem Umkreis von etwa 20 Kilometern.

Nun war Kühne nicht so naiv zu glauben, dass solche technischen Beweggründe auf große Resonanz bei politischen Entscheidungsträgern stoßen würden. Deshalb formulierte er seine Forderungen geschickt in politische Argumente um. Nur mit so einem Territorium – behauptete er im Begründungsschreiben – könnten einheitliche Wasserdienstleistungen und Tarife im gesamten Stadtgebiet garantiert werden. Nur so könnte die bisherige Blockadehaltung von Nachbargemeinden gegen die zukünftige Entwicklung Berlins aufgehoben werden.

Es überrascht nicht, dass Kühnes Entwurf, gestaltet nach rein wasserbezogenen Maßstäben, nicht angenommen wurde. Aber Kühne blieb hartnäckig: In einem Folgeschreiben bestand er darauf, dass zumindest die Wassergewinnungsgebiete und die Hauptwasserleitungen innerhalb des Territoriums des neuen Berlins liegen sollten.² Mit Erfolg! Das 1920 geschaffene Groß-Berlin berücksichtigte diese beiden Kriterien (Bärthel 1997, S. 156). Die heutige Grenze Berlins ist in Kühnes Karte mit einer gelben Linie nachträglich eingefügt worden (s. Abb. 1). Das Territorium des heutigen Berlins verdanken wir zumindest teilweise der Weitsicht eines Wasserversorgungsdirektors und der Einsicht einer ganzen politischen Klasse über die Bedeutung des Wassers für die Zukunft der Stadt.

Ein integrativer Ansatz von Stadtentwicklung und Wasserbewirtschaftung wird ermöglicht

Im November 1920, nur einen Monat nach der Gründung von Groß-Berlin, zeigte sich Kühne erfreut über die Aussichten, wollte aber dennoch die organisatorischen Konsequenzen aufzeigen: „Die Wasserversorgung der neuen Stadtgemeinde Berlin ist aufgebaut auf dem durch die Natur geschaffenen, nicht an die in dem Gesetz vorgesehene Bezirkseinteilung gebundenen, sondern Allgemein-gut bildenden Grund- und Oberflächenwasserschatz und erstreckt sich gleichmäßig über das gesamte Gemeindegebiet. Sie ist daher als eine der Allgemeinheit dienende

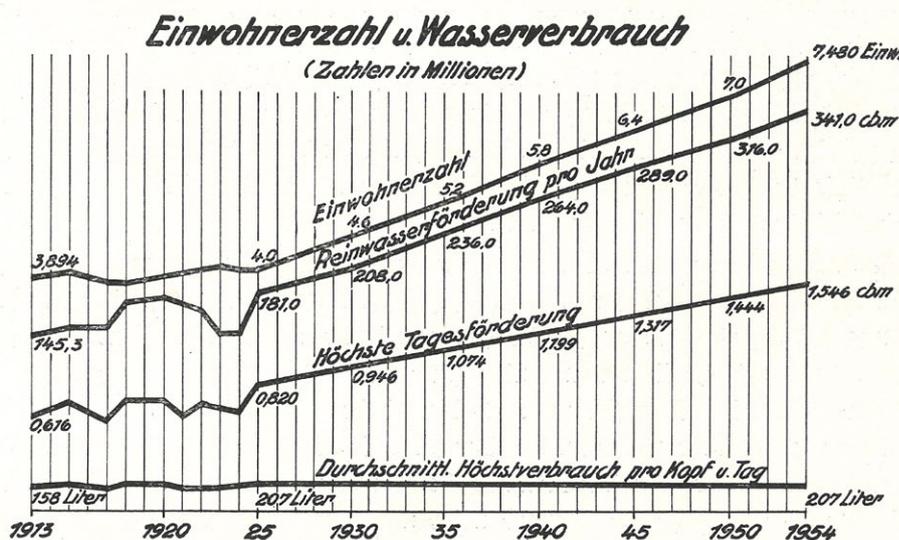


Abb. 2: Prognose für Bevölkerungswachstum und Wasserbedarf Groß-Berlins, 1926 (Quelle: Kühne 1926b, S. 432)

² Schreiben der Städtischen Wasserwerke an den Oberbürgermeister von Berlin vom 29. Juli 1919, LAB, A Rep. 255, Nr. 93.



Einrichtung zu zentralisieren und von dem Magistrat unmittelbar zu verwalten“ (zitiert in Tepassee 2006, S. 93).

Die Schaffung eines einheitlichen Wasserversorgungssystems erwies sich jedoch als schwieriger als von Kühne erhofft (Moss 2020, S. 43–46). Der Zusammenschluss der verschiedenen kommunalen Wasserwerke Groß-Berlins war erst im Juli 1922 abgeschlossen, als alle offiziell zu den Berliner Städtischen Wasserwerken zusammengelegt wurden. Damit erlangte der Berliner Wasserversorger die volle Kontrolle über 18 Wasserwerke im gesamten Stadtgebiet. Anschließend wurden Wasserleitungen miteinander verbunden, um eine einheitliche Versorgungsqualität im gesamten Stadtgebiet zu gewährleisten, und das Leitungsnetz auf bisher nicht angeschlossene Randgebiete ausgedehnt.

Dennoch versorgten die Städtischen Wasserwerke nicht die gesamte Stadt, sondern mussten einen privaten Konkurrenten dulden: die Charlottenburger Wasser- und Industrie-AG (CWI). Dieses Unternehmen versorgte Anfang der 1920er Jahre rund ein Viertel der Einwohner des Großraums Berlin mit Wasser, vorwiegend im Süden und Westen der Stadt. Versuche seitens der Stadt Berlin und der Städtischen Wasserwerke, dieses Privatunternehmen zu kommunalisieren, scheiterten an dem Widerstand der Aktieninhaber – und an der öffentlich ausgetragenen Animosität zwischen Kühne und dem Direktor vom CWI, Alfred von Feilitzsch. 1928 wurde die Wasserversorgung der Bezirke Schöneberg und Steglitz – nach eklatanten Einbrüchen der Versorgungsqualität – von den Städtischen Wasserwerken übernommen (Moss 2020, S. 50–51). Erst im Oktober 1935 wurde zwischen den beiden Unternehmen ein Vertrag unterzeichnet, der einheitliche Wassertarife und Versorgungsbedingungen für die gesamte Stadt festlegte. Im August 1945 wurde das CWI schließlich in die Berliner Wasserwerke eingegliedert – nicht, wie damals behauptet wurde, durch Erlass der alliierten Besatzungsmächte, sondern durch den früheren Kauf von Anteilen am CWI, die größtenteils Juden gehört hatten (Moss 2020, S. 124–125 und S. 168).

Auch ohne vollständige Zentralisierung der Wasserversorgung Berlins verfolgte Direktor Kühne in enger Zusammenarbeit mit dem Magistrat ambitionierte Ziele für die Zukunftssicherung der Berliner Wasserwirtschaft. Als das Stadtbauamt 1925 Bevölkerungsprognosen vorlegte, die ein Wachstum Berlins von damals rund 4 Millionen Einwohner auf 7,5 Millionen im Jahre 1954 vorsahen, griff Kühne diese Zahl auf, um eine Verdopplung der Kapazität der Trinkwasserversorgung zu fordern (s. Abb. 2; vgl. Moss 2020, S. 67, 72). In seinem Bericht zur Zukunft der Berliner Wasserversorgung von 1926 stellte er ein ehrgeiziges Ausbauprogramm vor, um die verfügbaren Wasserressourcen in der Stadt auszunutzen (Kühne 1926a, S. 6; Tepassee 2006, S. 94). Zwischen 1924 und 1928 erhöhte sich die Kapazität der Städtischen Wasserwerke um 45 Prozent und erreichte

1929 900.000 Kubikmeter pro Tag (Mohajeri 2005, S. 228).

Sollten sich die Grund- und Oberflächengewässer in Berlin als unzureichend erweisen, plädierte Kühne für einen Eingriff in die Spree und Havel oberhalb der Stadt, um den Wasserdurchfluss und damit die Uferfiltration für seine Wasserwerke zu erhöhen. Die im Plan von 1926 in Betracht gezogenen Optionen bestanden darin, entweder das Wasser im Winter durch Aufstauen des Schwielochsees (und möglicherweise auch des Scharmützelsees) zurückzuhalten und so einen Stausee von 70 Millionen Kubikmeter zu schaffen oder Wasser aus der Oder über den Oder-Spree-Kanal in die Spree überzuleiten (s. Abb. 3; Kühne 1926a, S. 8; Kühne 1926b, S. 431). Für den prognostizierten Fall, dass Berlins Bevölkerung bis zur Jahrhundertwende auf 12 Millionen Menschen angewachsen sein würde, die schätzungsweise 3,6 Millionen Kubikmeter Wasser pro Tag benötigen würden, plante Kühne, massive Wassertransfers aus noch weiter entfernten Gebieten zu realisieren. Derartige hydraulische Hybris war bezeichnend für damalige Entscheidungsträger mit ihrem Vertrauen auf ungebremstes Wachstum, ihrem Glauben an die Modernität und ihrer Blindheit für Folgeschäden an Natur und Mensch. In der Praxis zeigten sich Kühnes ehrgeizige Prognosen und Pläne als unbegründet. Die Städtischen Wasserwerke waren in der Lage, Engpässe in der Wasserversorgung zu vermeiden, ohne auf die regionalen Wasserrückhalte- oder -transferprojekte zurückgreifen zu müssen. Keiner dieser grandiosen Pläne wurde in die Tat umgesetzt.



Abb. 3: Mögliche Wassertransferleitungen und Staubecken für die Berliner Wasserversorgung, 1928 (Quelle: Hahn 1928, Anhang 2)



Die Lehren für heute: Stadt- und Wassergeschichte als „usable past“

Die Geschichte der Wasserversorgung Berlins der 1920er Jahre dient als Inspiration und Warnung zugleich. In den Visionen, Herausforderungen und Erfahrungen der damaligen Zeit stecken wichtige Botschaften für Berlin heute. Wie vor hundert Jahren erwartet Berlin in naher Zukunft ein beachtliches Bevölkerungswachstum – wenn auch nicht so dramatisch wie damals – mit Konsequenzen für die Versorgung mit Trinkwasser. Wasserknappheit wird zunehmend Thema in der Stadtentwicklungspolitik – diesmal verursacht durch den Klimawandel und den Rückgang von Wasserzuflüssen in die Spree nach Einstellung des Lausitzer Tagebaus.³ Infolgedessen wird laut über mögliche Wassertransfers aus benachbarten Flusseinzugsgebieten nachgedacht.⁴ Der heutige Wasserversorger, die Berliner Wasserbetriebe, sucht nach neuen partnerschaftlichen Lösungen für die dezentrale Bewirtschaftung von Niederschlagswasser in der Stadt.⁵ Welche Lehren sind aus unserer Geschichte des Verhältnisses von Wasserinfrastruktur und Stadtentwicklung hieraus zu ziehen? Können wir jenseits des historischen Eigenwerts der Geschichte auch „usable pasts“ – also: für die Zukunft nutzbare Vergangenheiten – zur Perspektiverweiterung aktueller Debatten mobilisieren?

Carl Kühnes Karte von 1919 und seine Argumentation für das Ausmaß von Groß-Berlin zeigen eindrücklich auf, wie das Zusammenwirken von Wasserressourcen, Infrastruktursystemen und Stadtentwicklung damals schon erkannt wurde. Das integrierte Denken von Wasser und Stadt, die politische Instrumentalisierung von Stadttechnik zur Realisierung einer Einheitsgemeinde und die strategische Langzeitperspektive über Jahrzehnte hinweg waren beeindruckende Komponenten einer innovativen und ambitionierten Wasserpolitik. Wasserversorgung war für die Berliner Stadtpolitik der 1920er Jahre viel mehr als Erfüllung einer Basisdienstleistung – sie war Kernelement einer progressiven städtischen Sozial-, Wohnungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik. Die Botschaft für heute: Nur, wenn derartige Wechselwirkungen mit Wasserinfrastruktur politisch erkannt und genutzt werden, kann dieses Potenzial effektiv erschlossen werden.

Gleichzeitig lehren die wasserwirtschaftlichen Planungen der 1920er, dass eine einseitig orientierte Ausrichtung der Infrastrukturpolitik auf Ausbau leicht zu Fehleinschätzungen und -entwicklungen führen kann. Im Falle des

Kühneschen Plans von 1926 ist ein gewisser Größenwahn unverkennbar. Die Herbeischaffung immer größerer Wassermengen in die Stadt aus immer entfernteren Wasserläufen ohne erkennbare Rücksicht auf die negativen Wirkungen für Umwelt und Umland warnen uns vor der Gefahr hydraulischer Hybris. Wir können von Glück reden, dass die Wassertransferprojekte der 1920er nie umgesetzt wurden. Sonst würde die Gesamtregion Berlin-Brandenburg unter den Pfadabhängigkeiten einer überdimensionierten Wasserinfrastruktur leiden. Die Botschaft hier: Infrastrukturelle Veränderungen prägen auf Jahrzehnte hinaus, deshalb müssen mögliche künftige Umnutzungen mitgedacht werden. Vorausschauend und gleichzeitig adaptiv – das ist der Spagat, den es zu beherrschen gilt.



Prof. Dr. Timothy Moss

Senior Researcher am Integrative Research Institute on Transformations of Human-Environment Systems (IRI THESys) an der Humboldt-Universität zu Berlin und Honorarprofessor an der Leibniz-Universität Hannover

Quellen:

- Bärthel, Hilmar (1997): Wasser für Berlin: die Geschichte der Wasserversorgung. Berlin: Verlag für Bauwesen.
- Bodenschatz, Harald/Kegler, Harald (Hg.) (2020): 100 Jahre Groß-Berlin 4: Planungskultur und Stadtentwicklung. Berlin: Lukas Verlag für Kunst- und Geistesgeschichte.
- Bodenschatz, Harald/Tubbesing, Markus/Zohlen, Gerwin (Hg.) (2019): 100 Jahre (Groß-)Berlin und seine Zentren. Berlin: Wasmuth & Zohlen Verlag.
- Engeli, Christian (1986): Landesplanung in Berlin-Brandenburg. Eine Untersuchung zur Geschichte des Landesplanungsverbandes Brandenburg-Mitte 1929–1936. Stuttgart: Kohlhammer und Deutscher Gemeindeverlag.
- Hahn [Hermann]. 1928: Denkschrift über die Erhöhung der Leistungsfähigkeit der Rieselfelder durch den Bau von Belebt-Schlammanlagen und über die Verbesserung der Wasserverhältnisse der Spree durch künstliche Anreicherung ihres Wasserschatzes. Berlin.
- Kühne Carl (1926a): Die Zukunft der Wasserversorgung von Berlin. In: Das Gas- und Wasserfach 28/29, Sonderausgabe, S. 1–10.
- Kühne, K[Carl] (1926b): Gegenwarts- und Zukunftsprobleme der Wasserversorgung von Berlin. In: Brennert, Hans/Stein, Erwin: Probleme der neuen Stadt Berlin. Darstellungen der Zukunftsaufgaben einer Millionenstadt. Berlin: Deutscher Kommunal-Verlag, S. 425–433.
- Mohajeri, Shahrooz (2005): 100 Jahre Berliner Wasserversorgung und Abwasserentsorgung 1840–1940. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.
- Moss, Timothy (2020): Remaking Berlin. A History of the City through Infrastructure, 1920–2020. Cambridge MA: MIT Press.
- Tepasse, Heinrich (2006): Stadttechnik im Städtebau Berlins. 20. Jahrhundert. Berlin: Gebr. Mann Verlag.

3 Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt (2022): Masterplan Wasser. Zukunftsstrategie für Berlins Wasserwirtschaft. <https://www.berlin.de/sen/uvk/umwelt/wasser-und-geologie/masterplan-wasser/>

4 Trinken Berliner bald Ostsee-Wasser? Länder geben Studie zu entsalztem Trinkwasser in Auftrag. Der Tagesspiegel, 27.08.2023. <https://www.tagesspiegel.de/berlin/ostsee-wasser-fur-berlin-lander-geben-studie-in-auftrag-10372618.html>

5 <https://www.bwb.de/de/regenwassernutzung.php>